

Philipp Wagner

Sciences Po Aix-en-Provence/Albert-Ludwigs-University Freiburg



Das Vertrauen junger Tunesier*innen in politische Partizipationsräume: Warum die EU-Demokratieförderung ihren Blickwinkel ändern muss

Abstract

Die Europäische Union begleitet die politische Transition der Tunesischen Republik durch Demokratieförderprogramme und fokussiert sich auf den Aufbau formaler politischer Institutionen sowie die Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure. Zugleich zeigen sich Vertrauenslücken zwischen diesen formalen Partizipationsräumen und tunesischen Jugendlichen, die zu den Hauptakteuren der Revolution von 2011 zählen. In dieser Arbeit wird das Vertrauen junger tunesischer Bürger*innen in demokratische Partizipationsinstrumente untersucht, die von EU-Demokratisierungsprogrammen gefördert werden. Es wird gezeigt, dass junge tunesische Bürger*innen aufgrund verschiedener Vertrauenslücken informelle Räume politischen Ausdrucks geschaffen haben, die in der EU-Außenpolitik bisher kaum Berücksichtigung fanden.

Keywords: EU-Außenpolitik; Demokratieförderung; Tunesien; politische Partizipation; Vertrauen

Cite this article: Wagner, Philipp (2021): Das Vertrauen junger Tunesier*innen in politische Partizipationsräume: Warum die EU-Demokratieförderung ihren Blickwinkel ändern muss. In: Young Journal of European Affairs, Issue 1, 65-92

Corresponding author (✉):

Philipp Wagner, MA Applied Political Science, Sciences Po Aix-en-Provence/Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, France/Germany
E-Mail: wagner-ph@gmx.de

Einleitung

Wohin bewegt sich Tunesien nach der Revolution von 2011? Dies ist eine zentrale Frage internationaler Diskurse, die sich mit der Zukunft des nordafrikanischen Staates auseinandersetzen – auch innerhalb der Europäischen Union und ihrer Außenpolitik (vgl. u.a. Mouhib, 2014; Europäische Kommission, 2021). Der Diskurs über die Zukunft des Landes seit 2011 bewegt sich laut Keskes und Martin (2018) zwischen zwei Polen: Einerseits wird das Land als „success story“ (Keskes und Martin, 2018, S. 1; vgl. auch Culbertson, 2016) bezeichnet, das mitunter als „Leuchtturm der Hoffnung“ (Ratka, 2017, S. 54) in der Region gilt, andererseits wird regelmäßig darauf hingewiesen, dass autokratische Rückschläge in Tunesien nicht nur denkbar, sondern Realität sind (vgl. Torelli, 2016).

Die Europäische Union leistet im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik sowie ihrer Entwicklungszusammenarbeit für verschiedene Staaten Unterstützung im Bereich der Demokratisierung. Oft angeknüpft an ökonomische Kooperationen, ist seit den 1990er-Jahren eine Politisierung ihrer Nachbarschaftsbeziehungen feststellbar, um Werte wie Meinungs- und Pressefreiheit sowie freie Wahlen als universelle demokratische Werte zu fördern (vgl. Dandashly, 2017, S. 64). Seit dem *EU-Tunisia Association Agreement* von 1995 zeigt sich die Europäische Union besonders an einer Partnerschaft mit Tunesien interessiert (vgl. Europäische Kommission, 2021). Vor allem aber seit den Protesten von 2010 und 2011, die mitunter als „Arabischer Frühling“ bezeichnet werden und das autoritäre, polizeistaatliche Regime Ben Alis (1989-2011) ablösten, beteiligen sich verschiedene EU-Akteure an der äußeren Förderung von Demokratie in der Tunesischen Republik. Unter anderem ist das EU-Parlament unter den Akteuren zu finden, welches sich als „particularly committed to promoting democracy“ (Europäisches Parlament, 2021) ansieht. Auch die Europäische Kommission beteiligt sich an dem Vorhaben, insbesondere durch das *European Instrument for Democracy and Human Rights* (EIDHR) sowie das *European Neighbourhood Instrument* (ENI) (vgl. European Parliamentary Research Service, 2019, S. 5). Daneben zählt der *European Development Fund* (EDF) zu den Hauptinstrumenten der EU-Demokratieförderung (vgl. ebd., S. 6).

Jugendliche in Tunesien gelten mitunter als „Hauptmotor der Ereignisse von 2010/2011“ (Dihstelhoff, 2018a, S. 1) und haben während und nach 2011 eine Vielzahl an Forderungen an den Systemwandel formuliert, darunter Partizipation, politischen Pluralismus und die Garantie individueller Freiheiten (vgl. Ben Achour, 2016, S. 80). Zwar wurde formal betrachtet in Tunesien im Jahr 2014 mit der Verfassungsgebung ein demokratisches, semipräsidentielles System eingeführt (vgl. Rothers, 2018, S. 44), allerdings muss die politische Wirklichkeit des eingeführten Systems betrachtet werden. Das Verhältnis von jungen Menschen zum neuen System ist von Misstrauen geprägt, zeigen Studien zur Wahlbeteiligung und zu politischem Engagement (vgl. u.a. Ben Haj Omar, 2018; Dihstelhoff, 2018a). Insbesondere politische Parteien genießen wenig Vertrauen von Jugendlichen und tragen zu deren Politikverdrossenheit bei (vgl. Dihstelhoff, 2018a, S. 8). Roberts, Kovacheva und Kabaivanov (2017, S. 12) zeigen, dass die Enttäuschung über das postrevolutionäre System unter jungen Menschen tief ist

und verschiedene Wege der Abkehr davon gesucht werden. Zehn Jahre nach den Protestbewegungen von 2011 und sieben Jahre nach der Verabschiedung der Verfassung ist fraglich, wie junge tunesische Bürger*innen mit den neueingeführten und von der EU-gestützten Instrumenten und Möglichkeiten demokratischer Partizipation umgehen und welche politische Wirklichkeit sich für sie ergibt.

Mit Blick auf diese nationalen Entwicklungen betrachtet dieser Artikel den offenen Transitionsprozess Tunesiens und wird sich dabei auf das Vertrauen junger tunesischer Bürger*innen in demokratische Partizipationsinstrumente beziehen, die von der Europäischen Union im Rahmen ihrer Demokratisierungsprogramme vorangebracht werden. Dieser Artikel steht damit unter der Fragestellung: Inwiefern vertrauen junge tunesische Bürger*innen den politischen Partizipationsmöglichkeiten, die im Rahmen der EU-Demokratisierungsprogramme innerhalb der Tunesischen Republik entstanden sind, und woraus resultieren Spannungen in diesem Vertrauensverhältnis? Gemäß internationalen Definitionen von Jugend wird die Altersspanne von 18 bis 35 Jahren berücksichtigt (vgl. u.a. OHCHR, 2015). Dennoch sollen diese Grenzen lediglich als Richtlinie dienen und auch Problematiken beachtet werden, die Menschen außerhalb dieser Altersspanne betreffen. Das diesem Artikel zugrunde liegende Hauptargument ist, dass sich junge tunesische Bürger*innen in verschiedenen Formen institutionalisierten politischen Engagements ausprobieren, sie sich aber durch verschiedene Vertrauenslücken vom System entfernt und eigene informelle Räume politischen Ausdrucks geschaffen haben, die in der EU-Außenpolitik bisher nur begrenzt Berücksichtigung finden.

In methodischer Hinsicht wurde für diese Arbeit ein qualitativer Ansatz gewählt. Es handelt sich um eine Einzelfallstudie Tunesiens, die einen deskriptiv-explorativen Ansatz verfolgt. Zur Unterstützung der Literaturrecherche wurde ein ethnographischer Ansatz hinzugefügt und eine eigene empirische Erhebung vorgenommen. Insgesamt wurden vier Interviews mit semi-direktiven Leitfäden auf Englisch und Französisch geführt, die in dieser Arbeit anonymisiert dargestellt werden. Dabei wurde auf eine Gender-Balance geachtet und zwei weibliche und zwei männliche Personen interviewt. Ebenso sollten neben zwei jugendlichen Aktivist*innen im Alter von 21 (Aktivistin 1) und 27 Jahren (Aktivist 2)¹ auch zwei Expert*innen im Bereich von sozialen Bewegungen (Expertin 1) und religiöser Radikalisierung (Experte 2) zu Wort kommen, um einen externen Blick auf die Aussagen der jungen Menschen zu erhalten. Zudem soll an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die soziale Rolle des*r Forschenden

¹ Die beiden interviewten Jugendlichen (Aktivistin 1; Aktivist 2) wurden im Rahmen eines Feldforschungsaufenthalts in der Hauptstadt Tunis ausgewählt. Sie erlauben eine small-N-Einsicht in die Anliegen junger tunesischer Bürger*innen. Im Gegensatz zu Aktivistin 1, die sich aufgrund ihres Alters erst nach der Revolution von 2011 politisiert hat, gab Aktivist 2 an, aktiv an den Protesten von 2010/2011 teilgenommen zu haben. Während sich Aktivistin 1 aktiv in verschiedenen Vereinen politisch engagiert, weist Aktivist 2 darauf hin, dass er seine politischen Tätigkeiten aufgrund seiner Enttäuschung vom postrevolutionären institutionellen System reduziert hat. Damit liegen zwei verschiedene soziale Profile vor, die verschiedene Einsichten ermöglichen. Weitere Informationen zu den sozio-ökonomischen Merkmalen der beiden Jugendlichen sind aufgrund ihrer gewünschten Anonymität nicht möglich. Es soll lediglich darauf verwiesen werden, dass die angestrebte Repräsentativität ihrer Aussagen durch die geringe Zahl an Interviews sowie einen eventuellen Effekt „sozialer Erwünschtheit“ (Blatter, Langer und Wagemann 2018, S. 66) eingeschränkt sein könnte, auch wenn ihre Aussagen durch die zweier Expert*innen ergänzt wurden.

im internationalen und postkolonialen Kontext der Recherche aufgeladen sein kann (vgl. Pascucci, 2018).

Demokratisierungsvorhaben der Europäischen Union in Tunesien

Spätestens seit Ende des Kalten Krieges (1947-1989) ist der Begriff „Demokratisierung“ nicht mehr aus der Disziplin der internationalen Politik wegzudenken. Dabei finden verschiedene Demokratiemodelle Anwendung, die von den Demokratiefördernden als Zielrichtung, als Teleologie politischer Entwicklungen angesehen werden (vgl. u.a. Petersen, 2009). Historisch betrachtet werden verschiedene „waves of democratisation“ (Huntington, 1993) unterschieden, die als „group of transitions from nondemocratic to democratic regimes“ (ebd., S. 15) bezeichnet werden können. Spätestens seit den Ereignissen des „Arabischen Frühlings“ 2011 sind es einige Staaten der MENA-Region, die zum Objekt der Demokratieforschung wurden (vgl. Abushouk, 2016).

Zentrale Demokratiebegriffe, die in diesem Artikel Anwendung finden, ergeben sich aus den zwei Ebenen, die von Bridoux und Kurki (2014) ebenso wie von Cooper und Farooq (2016) aufgespannt werden. Die erste Ebene kann als „*electoral democracy*“ (Bridoux und Kurki, 2014, S. 2, kursiv im Original) bezeichnet werden und fokussiert sich auf freie und faire Wahlen (vgl. ebd.), die mit einem universellen Wahlrecht und Presse-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit einhergehen (vgl. auch Cooper und Farooq, 2016, S. 1526) und bei denen durch den Wahlprozess Repräsentant*innen in eine oder mehrere Kammern entsandt werden (vgl. Dahl, 1971). Die zweite Ebene hingegen wird von Bridoux und Kurki (2014) als „*liberal democracy*“ (2, kursiv im Original) benannt und beinhaltet fundamentale individuelle Freiheiten und Abwehrrechte, die in einer Verfassung garantiert sind (vgl. ebd.; vgl. auch Cooper und Farooq, 2016, S. 1526). Zugleich wird an diesen beiden Konzepten kritisiert, sie stellten lediglich eine „low intensity democracy“ (vgl. Gills, Rocamera und Wilson 1993) dar und würden partizipativere Formen von Demokratie abwehren.

Es sind die Proteste und Umstürze des „Arabischen Frühlings“ von 2011, die eine neue Debatte über die Unbestimmtheit der Entwicklungsrichtung der MENA-Staaten auslöste (vgl. Valbjørn, 2012). Dennoch wurde dieser Prozess zeitnah von an der Demokratisierung der Region interessierten europäischen und nordamerikanischen Akteuren begleitet (vgl. Hinnebusch, 2015). Diese externe Demokratieförderung in der MENA-Region ist zunächst verknüpft mit dem Narrativ des demokratischen Friedens (vgl. Schimmelfennig, 2013, S. 218), das sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges (1939-1945) herausgebildet hat und die Annahme abbildete, eine konsolidierte Demokratie würde keinen Krieg betreiben (vgl. ebd., S. 219). Damit wurde Demokratie als ein „public good“ (Cooper und Farooq, 2016, S. 1524) angesehen, das an Staaten verteilt werden kann.

Demokratisierungsversuche der Europäischen Union in der MENA-Region gelten als Maßnahme, im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik Stabilität in angrenzenden

Regionen zu schaffen (vgl. Burlafinger, 2018; Erdmann und Kneuer, 2014; Demesmay, Främke und Sold, 2012; Bridoux und Kurki 2014, S. 27). Zur Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und ihren Nachbarstaaten stehen zwei Komponenten im Vordergrund: die Förderung demokratischer Governance sowie die Herstellung politischer Stabilität (vgl. Börzel und van Hüllen, 2014), aus Gründen wie wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Energiekooperation oder zur Lösung politischer Konflikte (vgl. Schäfer 2009, S. 66). Jedoch stehen gerade diese beiden Elemente in einem direkten Konflikt miteinander, da eine Transition bzw. Aufweichung eines (semi-)autoritären Regimes durch Demokratisierung zu politischer Instabilität und zur Herausbildung unvorhergesehener Akteure führen kann (vgl. ebd.). Von verschiedenen Autor*innen wird daher bemängelt, Sicherheitspolitik sowie Migrationskontrolle und damit die Suche nach geopolitischer Stabilität dominierten die Intention der Demokratisierungsvorhaben, und nicht die tatsächliche Herausbildung eines pluralisierten demokratischen Systems (vgl. Dandashly, 2017).

Für die Europäische Union hat der Mittelmeerraum eine zentrale Bedeutung, nicht nur politisch, sondern auch zum wirtschaftlichen und kulturellen Austausch (vgl. Schäfer 2009, S. 66). In diesem Sinne handelt es sich bei der Mittelmeerunion zudem um ein regionales Forum, das die EU zur Demokratieförderung in Tunesien nutzt. Das im Jahr 2008 initiierte Kooperationsprojekt zwischen europäischen Staaten und Staaten der MENA-Region gilt als Ergebnis der im Jahr 1995 begonnenen Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP) und wird zu weiten Teilen durch Instrumente wie die Europäische Investitionsbank, die Europäische Kommission sowie das *European Neighbourhood Policy Instrument* (ENPI) finanziert (vgl. u.a. Zorob, 2008).

Seit 2011 hat die EU insgesamt eine Summe von fast drei Milliarden Euro in die Unterstützung tunesischer Demokratisierung investiert (vgl. Europäische Kommission, 2021). Zwischen 2017 und 2020 lag der Fokus dabei vor allem auf der Förderung von *Good Governance* und Rechtsstaatlichkeit, ökonomischem Wachstum sowie sozialer Kohäsion (vgl. ebd.). Auf institutioneller Ebene sollen Dialogformate wie das vom EU-Parlament gestützte Programm *Young Political Leaders* politischen Nachwuchs und demokratischer Bildung fördern sowie der *Jean Monnet Dialogue* externe Anstöße für Veränderungen liefern (vgl. Europäisches Parlament, 2020, S. 9). Zudem bringt sich das EU-Parlament unter anderem in Wahlbeobachtung in Tunesien ein (vgl. Europäisches Parlament, 2021). Auch Dialoge zwischen der tunesischen Regierung und zivilgesellschaftlichen Akteuren sollen gefördert werden (vgl. Europäische Kommission, 2021).

Nach dem „more for more“-Prinzip – sprich einem Prinzip der Konditionalität – wurden der Tunesischen Republik Hilfsleistungen gezahlt, wenn bestimmte institutionelle Reformen vorangetrieben wurden, darunter die Schaffung von politischen Parteien, einem unabhängigen Justizsystem, einer transparenten Verwaltung oder der Umsetzung von Menschenrechtsstandards (vgl. Johansson-Nogués und Rivera Escartin, 2020, S. 1382; Europäisches Parlament, 2016, S. 29). Ein weiteres Muster, das sich in den Demokratisierungsansätzen in der MENA-Region herausgebildet hat, ist das

der Stärkung der Regionen und der Dezentralisierung (vgl. Tosun/Yilmaz, 2010), um geografische Marginalisierung zu verringern.

In Demokratisierungsprozessen und der Demokratieförderung wird die Einbeziehung von Bürger*innen in Form von Zivilgesellschaft von der EU als ein Mittel zur Konsolidierung junger Demokratien angesehen (vgl. Berman, 1997; Bridoux/Kurki, 2014). In Tunesien engagiert sich die EU in diesem Sinne durch die *Civil Society Facility* sowie das *European Endowment for Democracy*. Das erste Instrument wird von der Europäischen Kommission finanziert und setzt vor allem auf Fortbildungen und Seminare für zivilgesellschaftliche Organisationen (vgl. EU Neighbours, 2021). Das *European Endowment for Democracy* ergänzt diese Arbeit, setzt allerdings auch auf aktivistische Gruppierungen sowie die Förderung von Pressefreiheit (vgl. European Endowment for Democracy, 2020, S. 29). Einzelne Sektoren hingegen werden durch *Erasmus+* oder das Rechercheprogramm *Horizon 2020* unterstützt (vgl. Europäische Kommission, 2021).

An der äußeren Förderung von Demokratie in der MENA-Region beteiligen sich ergänzend einzelne Staaten oder internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen (vgl. Bridoux und Kurki 2014, S. 26f.). Dabei geschieht die Förderung auch über staatlich geförderte Stiftungen sowie nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen (vgl. ebd., S. 30), aber auch Privatunternehmen, Think Tanks, Bildungseinrichtungen und Grassroot-Organisationen können als Durchführ- und Empfangendenorganisationen gelten (vgl. ebd., S. 31), wodurch „democracy promotion constitutes a global whole in which key donors, states, development agencies and NGOs and INGOs are tightly linked to each other“ (ebd., S. 30).

Damit liegen verschiedene Achsen der Demokratieförderung vor, die die Europäische Union mittels unterschiedlicher Akteure in Tunesien betreibt, um im Einklang mit den selbstgesetzten Zielen der Förderung von Stabilität und politischer Teilhabe zu stehen. Doch wie werden die EU-geförderten Vorhaben von tunesischen Bürger*innen, insbesondere von jungen Menschen, lokal aufgenommen und wie gehen sie mit den Partizipationsforen um, die von der EU gestützt werden? Dazu werden in den folgenden Kapiteln institutionelle politische Partizipation, zivilgesellschaftliche Räume sowie informelle Ausdrucksformen näher betrachtet und Rückschlüsse auf das Verhältnis zwischen der EU und der tunesischen Gesellschaft herausgearbeitet.

Das Vertrauen in institutionelle politische Partizipationsformen

Als eine der ersten Errungenschaften der tunesischen Revolution wurde eine Pluralisierung politischer Akteure eingeleitet. Zu den dadurch entstandenen Partizipationsräumen innerhalb der „*electoral democracy*“ (Bridoux und Kurki, 2014, S. 2, kursiv im Original) zählen das aktive und passive Wahlrecht, das politischen Parteien eine zentrale Rolle zukommen lässt, die durch eine Pluralisierung des tunesischen Parteiensystems in Folge der Revolution von 2011 gestärkt wurde (vgl.

Szmolka, 2017, S. 354). Die Europäische Union sieht die Teilhabe an politischen Institutionen sowie an formalen Wahlprozessen als entscheidend für die Transition Tunesiens an und begleitet daher deren Umstrukturierung (vgl. Europäische Kommission, 2021; Johansson-Nogués und Rivera Escartin, 2020, S. 1378). Sie fokussiert damit die oben erläuterte „electoral democracy“, bei der sich Demokratie aus formalen Wahl- und Repräsentationsprozessen ergibt.

Parteien wird eine entscheidende Rolle für die demokratische Transition des Landes zugesprochen (vgl. Yerkes und Yahmed, 2019, S. 6; Yardımcı-Geyikçi und Tür, 2018, S. 2). Yerkes und Yahmed (2019) unterscheiden acht bedeutende politische Parteien in Tunesien, darunter die zwei an der Regierungskoalition von September 2020 bis Juli 2021 beteiligten Parteien *Ennahdha* und *Tahya Tounes* sowie *Nidaa Tounes* (vgl. Yerkes und Yahmed, 2019, S. 7f.). Trotz dieser essenziellen Funktion der Parteien für die Konsolidierung des demokratischen Systems haben junge Menschen nur ein geringes Vertrauen in diese. Wie Albert und Hegasy (2017) zeigen, ist das Interesse junger tunesischer Bürger*innen an nationaler Politik gering. Nur zehn Prozent der für die Studie interviewten Menschen zwischen 16 und 30 Jahren seien an Politik „interessiert“ oder „sehr interessiert“, während sich 67 % „nicht interessieren“ (vgl. Albert und Hegasy, 2017, S. 290), was sich vom Durchschnittswert der MENA-Region (57 % „nicht interessiert“) abhebt. In diesem Sinne informieren sich auch lediglich 21 % der tunesischen Jugendlichen aktiv über Politik (vgl. ebd., S. 292). Dies deckt sich auch mit den Resultaten anderer Studien über das politische Interesse junger Menschen (vgl. u.a. Ben Haj Omar, 2018; Dihstehoff, 2018a).

Das Interesse junger tunesischer Bürger*innen an Wahlen und politischen Parteien

Wie sich in den für diesen Artikel geführten Interviews ergeben hat (vgl. Aktivist 2, 2019; Experte 2, 2019), war das Interesse an der politischen Entwicklung des Landes während und nach 2011 durchaus höher, als es heute der Fall ist, da Hoffnung auf eine tatsächliche Besserung der Situation des Landes bestand (vgl. auch Silveira, 2015, S. 19; Ben Haj Omar, 2018). Zudem stellten die Umstürze von 2011 für viele junge Menschen ein Ereignis der Politisierung dar, wie es unter anderem bei der interviewten Aktivistin 1 (2019) der Fall war (vgl. hierzu auch Albert und Hegasy, 2017, S. 303). Die Performanz der Arbeit der Politiker*innen und Parteien in der postrevolutionären Phase war jedoch für viele junge Bürger*innen nicht zufriedenstellend (vgl. Ben Haj Omar, 2018), was sich darin widerspiegelt, dass nur rund 20 % der tunesischen Jugendlichen Vertrauen in politische Parteien haben (vgl. Albert und Hegasy, 2017, S. 301). In anderen Studien ist der Wert mit 3 % noch geringer (vgl. Dihstehoff, 2018a, S. 8). Der interviewte Aktivist 2 (2019) beschreibt, viele Bürger*innen hätten der islamistischen *Ennahdha*-Partei mehrere Chancen gegeben, die sie allerdings nicht genutzt hätten, um konkrete Veränderungen im Land hervorzurufen.

Damit wird das Verhalten politischer Parteien mitunter als verspielte Chance angesehen. Dies beweist auch die abnehmende Wahlbeteiligung im Land. Während sich die ersten Wahlen nach der Verfassungsgebung, respektive die ersten Legislativwahlen sowie die Präsidentschaftswahl im Jahr 2014, noch durch eine Wahlbeteiligung zwischen 60 % und 70 % aller eingetragenen Wähler*innen auszeichneten (vgl. Szmolka, 2017, S. 354), sank die Beteiligung während der ersten Kommunalwahlen im Mai 2018 auf rund 33,7 % ab (vgl. Gallien und Werenfels, 2019, S. 7). Die Verwaltungsebene spielt hierbei eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Allgemein ist das Interesse der jungen Bevölkerung an nationalen politischen Entwicklungen allerdings zwischen 2011 und 2018 wie oben gezeigt gesunken. Diese Studienergebnisse zeigen, dass das Interesse junger Menschen an nationaler Politik tendenziell über die vergangenen Jahre abgenommen hat und dieses Phänomen in direkter Verbindung mit nationalen politischen Vorgängen und Enttäuschungen steht.

Zunächst scheinen Parteien die Probleme und Anliegen der Bürger*innen, insbesondere der jungen Menschen, nur unzureichend zu kanalisieren und zu repräsentieren. Nach außen hin sind es nicht Lösungen politischer Probleme, sondern interne Zerwürfnisse und das Streben nach Macht, mit denen sich Politiker*innen zu beschäftigen scheinen, wie auch Aktivist 2 (2019) in einem Interview darstellt. Trotz der Pluralisierung der politischen Parteien nach 2011 und kompetitiver Wahlen (vgl. Szmolka, 2017, S. 353f.) stellen Yerkes und Yahmed (2019, S. 4) fest, dass keine Trennschärfe zwischen den Parteien existiert und ihnen ein eindeutiges Programm sowie ein Profil fehlt, um sich von anderen Parteien abzugrenzen. Ein Grund für diese mangelnde Unterscheidbarkeit der Parteien liegt in der breiten Koalition aus verschiedenen Parteien – darunter die islamistische *Ennahdha* sowie die 2019 von Youssef Chahed (Premierminister von 2016 bis 2020) von *Nidaa Tounes* abgespaltene Partei *Tahya Tounes* (vgl. Yerkes und Yahmed 2019, S. 7) –, die den parteiunabhängigen Premierminister Hichem Mechichi (im Amt von September 2020 bis Juli 2021)² stützen und ein Konsensmodell innerhalb des Parlaments anstreben (vgl. ebd., S. 4; Yardımcı-Geyikçi und Tür 2018, S. 6). Dies spiegelt sich auch in den häufigen Neuformierungen und Blockwechseln vieler Abgeordneter im Parlament wider, was Yerkes und Yahmed (2019, S. 9) als „Party tourism“ bezeichnen.

Diese mangelnde inhaltliche Ausrichtung politischer Parteien in Tunesien hat auch Auswirkungen auf die Policies, die von Parteien entwickelt werden. Hinter den internen Machtkämpfen in Parteien und der daraus resultierenden fehlenden Bereitstellung eines geeigneten politischen Programms stehen verschiedene Forderungen der Aufstände von 2010/2011 zurück (vgl. Yardımcı-Geyikçi und Tür, 2018, S. 8; Yerkes und Yahmed, 2019, S. 4), darunter insbesondere eine Forderung, die junge Menschen betrifft: Die sozio-ökonomische Situation des Landes leidet unter dem Mangel an Reformen und Vorschlägen von Seiten der Regierung (vgl. Weilandt, 2018, S. 211; Vatthauer und Weipert-Fenner, 2017, S. 2). Tatsächlich bestehen ökonomische Anliegen, die unter den Hauptforderungen der Revolution waren (vgl. Zemni, 2015, S.

² Zum Zeitpunkt der Redaktion dieses Artikels wurde Mechichi in der Funktion des Premierministers abgesetzt und sein Amt vom Präsidenten Kais Saied übernommen, der am 25.7.2021 auch die Funktion des Parlaments für zunächst 30 Tage einfror.

54f.), in der postrevolutionären Phase fort. So stieg die Arbeitslosigkeit zwischen 2010 und 2018 von 23 % auf 30 % an, insbesondere unter jungen Menschen und Universitätsabsolvent*innen (vgl. Yerkes und Yahmed, 2019, S. 4), und die wirtschaftliche Leistung des Landes sank (vgl. Yardımçı-Geyikçi und Tür, 2018, S. 6). Auf Probleme wie regionale Disparitäten ökonomischer und politischer Art und der damit einhergehenden Stärkung der Kommunen durch ordnungsgemäß durchgeführte Kommunalwahlen scheinen Politiker*innen auf nationaler Ebene in den Augen vieler Bürger*innen ebenfalls kaum einzugehen (vgl. Torelli, 2016, S. 1; Volpi, Merone und Loschi, 2016, S. 17) bzw. kein ausgearbeitetes, effektiv wirkendes Programm zu besitzen (vgl. Yerkes und Yahmed, 2019, S. 6). Dies hängt auch damit zusammen, dass sich die politischen Parteien und ihre Repräsentant*innen in der Hauptstadt Tunis konzentrieren (vgl. ebd., S. 8).

Neben ihrem aktiven Wahlrecht und der Möglichkeit, Parteien von außen zu beurteilen, verfügen junge Menschen auch über die Möglichkeit, sich aktiv in Parteien zu engagieren und von ihrem passiven Wahlrecht Gebrauch zu machen. Allerdings ergibt sich hierzu zunächst der Aspekt einer für junge Bürger*innen wenig ansprechenden Atmosphäre, einer mangelhaften Tonalität (vgl. Siméant, 2014, S. 228) innerhalb von Parteien, auch wenn einige Parteien versuchen, durch effektiven Gebrauch von sozialen Medien für junge Menschen zugänglicher zu sein (vgl. Yerkes und Yahmed, 2019, S. 15). Viele junge Menschen beklagen, sie würden dort mit ihren Forderungen nicht ernstgenommen und ihre Vorschläge von älteren Mitgliedern belächelt oder gar ignoriert (vgl. Aktivistin 1, 2019; Aktivist 2, 2019; Experte 2, 2019). Auch die interne Strukturierung von Parteien scheint auf junge Menschen wenig attraktiv zu wirken. Die interviewte Experte 1 (2019) beschreibt, junge Leute wollten sich nicht in Strukturen wiederfinden, die durch Macht und Hierarchie ausgezeichnet sind. Tatsächlich gelten viele tunesische Parteien als besonders personenzentriert und hierarchisch (vgl. Yardımçı-Geyikçi und Tür, 2018, S. 10; Yerkes und Yahmed, 2019, S. 9). Dies hemmt den Status von tunesischen Parteien, als Instanzen politischer Sozialisation (vgl. Franklin, 1984) zu gelten, die Jugendliche für politische Aktivitäten mobilisieren und langfristig an Strukturen binden.

All diese Faktoren tragen dazu bei, dass sich Yardımçı-Geyikçi und Tür (2018) auf Pridhams (2016) Theorie der Verwurzelung von Parteien in einer Gesellschaft stützen und für das Fallbeispiel Tunesien feststellen, „[that] most parties [...] are organizationally underdeveloped and have little or no roots in society“ (Yardımçı-Geyikçi und Tür, 2018, S. 9). Parteien als zentrale Akteure einer von der EU-gestützten „electoral democracy“ tragen also zu einer Vertrauenskrise mit jungen tunesischen Bürger*innen bei, die auch zu einzelnen Politiker*innen ein angespanntes Vertrauensverhältnis entwickeln.

Mangelndes Vertrauen in politisches Personal?

Es sind nicht nur politische Parteien als Gesamtheit, die das Vertrauensverhältnis zwischen dem institutionellen Rahmen und den jungen Menschen prägen, sondern

auch das politische Personal, das mittels Parteien Politik betreibt. Allgemein ist festzustellen, dass die politischen Repräsentant*innen in den Augen vieler Bürger*innen über eine angefochtene politische Legitimation verfügen (vgl. Torelli, 2016, S. 1). Um eine Erklärung für dieses Legimitationsdefizit zu finden, wurden drei verschiedene Ansätze identifiziert.

Ein erster Erklärungsansatz für mangelndes Vertrauen zwischen Politiker*innen und jungen Bürger*innen liegt in personellen Kontinuitäten zwischen dem *Ancien Régime* und dem postrevolutionären System. Junge Menschen vermuten hier einen Opportunismus einer politischen Elite, die sich zum Teil während der Herrschaft Ben Alis im Ausland aufgehalten hat oder aber in das Regierungssystem Ben Alis involviert war. So schildert Aktivist 2 (2019), dass man die gleichen Gesichter wie vor der Revolution wiederfände.

Des Weiteren liegt eine Ursache für die mangelnde Legitimität von Politiker*innen in deren öffentlichem Auftreten. Wie sich in mehreren Interviews gezeigt hat, scheint die öffentliche Kommunikation von Politiker*innen und deren Auftreten in Medien und in der Öffentlichkeit ein Faktor zu sein, der das Vertrauensverhältnis zwischen diesen und jungen Menschen schwächt. Aktivist 2 (2019) beschreibt, bis auf wenige Ausnahmen seien tunesische Politiker*innen nicht in der Lage, in den Medien zu sprechen. Das Auftreten von Politiker*innen scheint auch unter ihrer mangelnden Führungsqualität innerhalb von Parteien zu leiden (vgl. Aktivist 2, 2019; Experte 2, 2019).

Ein dritter Ansatz zur Untersuchung für die Distanzierung junger Menschen von parteipolitischem Engagement ist der Vorwurf, Politiker*innen seien – ebenso wie in der prärevolutionären Phase – in Korruption verwickelt. Tatsächlich wird das Fortbestehen von Korruption als Gefahr für die Konsolidierung und die Legitimität des auf der Verfassung von 2014 basierenden Systems angesehen (vgl. Ratka und Roux, 2016, S. 72; International Crisis Group, 2015, S. 11). In Statistiken spiegelt sich das gesamtgesellschaftliche Misstrauen gegenüber Politiker*innen aufgrund von Korruption wider. Laut einer Umfrage von *One to One for Research and Polling* gehen 31 % der Befragten davon aus, dass die meisten oder alle „Government officials“ korrupt seien (vgl. Meddeb, 2018, S. 2). Ebenso sind 30 % der Befragten der Meinung, Mitglieder des Parlaments seien korrupt (vgl. ebd.). Damit führen diese beiden Personengruppen das Ranking für staatliche Repräsentant*innen an.

Aktivist 2 (2019) ordnet dieses Phänomen in Zusammenhang mit ökonomischen Sorgen und Problemen junger Menschen ein. Er ist der Meinung, die Korruption im Land sei noch höher, als es unter Ben Ali der Fall war, und junge Menschen sähen sich selbst bereichernde Politiker*innen, während sie selbst – außer der Meinungsfreiheit – nichts gewonnen hätten und unter der ökonomischen Situation litten (vgl. ebd.). Aktivist 2 fasst diese Enttäuschung folgendermaßen zusammen: „Nur mit Meinungsfreiheit können wir nicht leben. [...] Diese Leute wollen nichts Gutes für unser Land.“ (Aktivist 2, 2019, eigene Übersetzung). Tatsächlich hat der sozio-ökonomische Lebensstandard in Tunesien in den postrevolutionären Jahren erheblich abgenommen (vgl. Weilandt, 2018, S. 212). Daher steht der Vorwurf der Fortführung des von Korruption und Neo-Patrimonialismus geprägten Systems Ben Alis (vgl. Gallien und Werenfels, 2019, S. 4),

einhergehend mit einer Selbstbereicherung der Politiker*innen und ökonomischen Eliten, als Vertrauenslücke zwischen der politischen Klasse und jungen Bürger*innen, die hohen Raten von Arbeitslosigkeit und prekären Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind (vgl. Weilandt, 2018).

Die interviewte Aktivistin 1 (2019) ergänzt, dass „[local politicians] are the people who are directly accountable to you as a citizen“. Tatsächlich handelt es sich mit den am 6. Mai 2018 organisierten Kommunalwahlen in den 350 Gemeinden Tunesiens (vgl. Refle, 2018) um die ersten Kommunalwahlen in der postrevolutionären Phase des Landes. Sie werden als ein Mittel angesehen, die regionalen Disparitäten im Land zu verringern (vgl. Yardımçı-Geyikçi und Tür, 2018, S. 6) und der Marginalisierung einiger Regionen durch eine Stärkung der Eigenständigkeit der Kommunen und lokaler Mitbestimmung entgegenzuwirken (vgl. Refle, 2018). Dadurch, dass die politische Macht nahezu ausschließlich von der Zentralgewalt des Regimes Ben Ali ausging und das Maß an Dekonzentration und Dezentralisierung sehr gering war (vgl. Yerkes und Yachmed, 2019, S. 12; Abderrahim, 2018, S. 59f.), hatten Kommunen lediglich eine marginalisierte Stellung. Daher war zunächst ein Stärkungsprozess der Kommunen zwischen 2011 und 2014 und auch darüber hinaus von Nöten, um das Vertrauen in und die Einflussmöglichkeit von dieser Ebene erneut zu stärken (vgl. Volpi, Merone und Loschi 2016).

Somit zeigen sich erhebliche Vertrauensprobleme zwischen jungen tunesischen Bürger*innen und den formalisierten staatlichen Institutionen, die von der Europäischen Union in Tunesien fokussiert werden. Faktoren wie mangelnde Zugänglichkeit, Kontinuitäten des *Ancien Régime* sowie Korruption spielen hierbei eine wesentliche Rolle. Auch aus diesem Grund haben sich Jugendliche Prozessen einer „electoral democracy“ abgewandt und sich in zivilgesellschaftlichen Räumen ausprobiert, deren entscheidende Rolle für politisches Engagement auch von der EU erkannt wurde. Welches Vertrauen junge tunesische Bürger*innen in diese Art der Partizipation stecken, wird im Folgenden analysiert.

Das Vertrauen junger Bürger*innen in zivilgesellschaftliches Engagement

Die Grundannahme der Europäischen Union als Donor-Organisation lautet, NGOs als Teil der Zivilgesellschaft seien „progressive and democratic“ (Jad, 2007, S. 628; vgl. auch Rothers, 2018, S. 9) und könnten daher von sich aus als „motor of democratisation and development“ (Jad, 2007, S. 628) angesehen werden. Aksartova (2006) stellt daran anknüpfend dar, dass insbesondere seit den 1990er-Jahren die US-amerikanische Regierung ebenso wie private Stiftungen zivilgesellschaftliche, das heißt unter direkter Einbeziehung von durch Bürger*innen unterstützte, Vereine und soziale Einheiten (vgl. Rothers, 2018, S. 17) als Akteure der Demokratisierung einbezogen haben und sich diese Kooperationsform bis heute fortsetzt.

Teile der tunesischen Zivilgesellschaft waren 2011 mit ihren verschiedenen Bereichen im *Conseil National pour la Sauvegarde de la Révolution* vertreten und konnten sich im institutionellen Rahmen für ihre Forderungen für das postrevolutionäre System einsetzen (vgl. Zemni, 2015, S. 60). Als Errungenschaft dieser Repräsentation gilt das Dekret Nummer 88, das eine weitreichende Vereinigungsfreiheit zulässt (vgl. Shahin, 2018, S. 4). In der Konsequenz haben sich zwischen 2010 und 2018 rund 14.000 neue Vereine in den verschiedensten Bereichen gegründet (vgl. ebd., S. IV).

Dieser außergewöhnliche Charakter der tunesischen Zivilgesellschaft wurde auch von der externen Demokratieförderung der Europäischen Union oder einzelnen europäischen Staaten erkannt, die sich, ähnlich wie es in den 1990er-Jahren geschah (vgl. Aksartova, 2006), verschiedener Grassroot-Ansätze annäherten und zivilgesellschaftliche Akteure fördern (vgl. Burlafinger, 2018; Ferré, 2018; Bridoux und Kurki, 2014). Dabei ist anzumerken, dass weite Teile der zivilgesellschaftlichen Landschaft von externer Finanzierung abhängig bleiben, insbesondere von europäischen und US-amerikanischen Geber*innenorganisationen (vgl. Shahin, 2018, S. V; AlDailami und Pabst, 2014, S. 57).

Der Ansatz der EU, in „bottom-up“-Ansätze der Demokratisierung zu investieren, um die junge Demokratie in Tunesien zu konsolidieren, beruht auf der Annahme, dass diese Sphäre politischen Handelns über ein weitreichenderes Vertrauen von Bürger*innen verfügt. In den Augen der EU-Donor soll die Demokratisierung nicht nur über „top-down institutional dynamics“ (Volpi, Merone und Loschi, 2016, S. 3) geschehen, sondern eine demokratische Basis in der Bürger*innenschaft gefunden werden. Roberts, Kovacheva und Kabaivanov (2017, S. 4) weisen darauf hin, dass die Zivilgesellschaft tatsächlich eine Sphäre darstellt, um junge Aktivist*innen von 2011 in das gesellschaftspolitische Leben einzubinden. Statistisch gesehen vertrauen junge tunesische Bürger*innen der Zivilgesellschaft in ihrem Land tatsächlich mehr als einigen staatlichen Institutionen. So hätten 12 % der Jugendlichen Vertrauen in NGOs (vgl. Dihstelhoff, 2018a, S. 8), während im gleichen Sample nur 3 % der Befragten Vertrauen in Parteien und 8 % ins Parlament haben (vgl. ebd.). Dies deckt sich in etwa auch mit anderen Studien zum Vertrauen in zivilgesellschaftliche Organisationen im Land (vgl. Sika und Werenfels, 2017, S. 328). In diesem Kapitel wird daher untersucht, inwiefern junge tunesische Bürger*innen den von der EU-geförderten zivilgesellschaftlichen Räumen vertrauen und welche Spannungen sich daraus ergeben.

Die Struktur der tunesischen Zivilgesellschaft und ihre Attraktivität für junge Menschen

Ein Faktor, der zu einem ausgeprägten Vertrauen junger Bürger*innen in nicht-staatliche, zivilgesellschaftliche Institutionen beiträgt, ergibt sich durch das Gefühl, man könne einen direkten gesellschaftlichen Einfluss ausüben (vgl. Aktivist 2, 2019). Dieses Gefühl der Einflussmöglichkeit besteht nicht zuletzt darin, dass NGOs auch auf lokaler Ebene im unmittelbaren Umfeld der Jugendlichen agieren, wo der Einfluss einer

einzelnen Initiative viel höher ist (vgl. Stolleis, 2017, S. 337; Abderrahim, 2018, S. 64). Dieses Vertrauen ist verknüpft mit einer ansprechenden Tonalität (vgl. Siméant, 2014, S. 228), das heißt einer für junge Menschen attraktiven Atmosphäre innerhalb der Organisationen. Sowohl Aktivistin 1 als auch Aktivist 2 beschreiben, dass nicht-staatliche Akteure wie NGOs und Vereine in Tunesien die Sprache der Jugendlichen (vgl. Aktivist 2, 2019) bzw. „the youth language“ (Aktivistin 1, 2019) sprechen und sie daher für junge Menschen zugänglich und attraktiv scheinen. Dies liegt unter anderem daran, dass nach 2011 eine Vielzahl von Vereinen von jungen engagierten Bürger*innen gegründet wurden und werden (vgl. Abderrahim, 2018, S. 66; auch Expertin 1, 2019; Aktivistin 1, 2019).

Ein weiterer Grund, warum junge Menschen in zivilgesellschaftliche Organisationen ein relativ solides Vertrauen stecken, ist die Möglichkeit letzterer, staatliche Akteure zu kontrollieren und zu überwachen. Aktivist 2 (2019) weist darauf hin, dass es durch die Aktivität insbesondere junger Nichtregierungsorganisationen ermöglicht wird, die Arbeit von Parteien zu überwachen und auszuwerten. Damit spielt er auf die Watchdog-Funktion einiger NGOs in Tunesien an, die während des Demokratisierungsprozesses Vorgänge wie Abstimmungen im Parlament oder Wahlen auf ihre Konformität mit rechtlichen Vorgaben überprüfen (vgl. Gallien und Werenfels, 2019, S. 2; Bellin, 2018, S. 455). Als Beispiele können hier die Organisationen *I-Watch* sowie *Al Bawsala* genannt werden: *I-Watch* setzt sich überwiegend mit dem staatlichen Vorgehen gegen Korruption auseinander (vgl. Yerkes und Yahmed, 2019, S. 15). *Al Bawsala* hingegen überwacht parlamentarische Aktivitäten (vgl. ebd., S. 11; 15) und wird dabei von EU-Finanzierungen unterstützt (vgl. RBB Africa, 2020, S. 16). Die EU stützt also die von der tunesischen Zivilgesellschaft geschaffenen Räume, um die Fortschritte der politischen Transition eigenständig auszuwerten und Empfehlungen auszusprechen.

Die tunesische Zivilgesellschaft ist in einer Vielzahl von Bereichen tätig (vgl. Antonakis-Nashif, 2016, S. 129), die für junge Menschen relevant sind. Neben der bereits betrachteten Watchdog-Funktion sind zivilgesellschaftliche Organisationen beispielsweise im gewerkschaftlichen Bereich (vgl. Yerkes und Yahmed, 2019, S. 15), im Bereich von Menschenrechten (vgl. Ferré, 2018, S. 18), der *Local Governance* sowie nachhaltiger Entwicklung tätig (vgl. Abderrahim, 2018, S. 66). Dabei ist die tunesische Zivilgesellschaft laut Expertin 1 (2019) zu weiten Teilen nicht im politischen Bereich aktiv: „Sie sind nicht sehr zahlreich in der politisch engagierten Zivilgesellschaft“ (Expertin 1, 2019, eigene Übersetzung). Damit verweist sie auf die Gefahr einer Depolitisierung der tunesischen Zivilgesellschaft, wie sie Vickie Langohr (2004) vor der Revolution in Tunesien auch in Ägypten und der Palästinensischen Autonomiebehörde untersucht hat. Durch die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Initiativen in Bereichen wie Ökologie oder Sozialarbeit kann der Staat nicht-staatliche Aktivitäten in politisch sensibleren Themen wie Menschenrechten und individuellen Freiheiten vermeiden (vgl. Datzberger, 2014, S. 62; Feldman, 2003), wodurch der Einfluss der Zivilgesellschaft im politischen Aushandlungsprozess sinkt. In Tunesien wirkt die Zivilgesellschaft aus diesem Grund auch in Bereichen wie erneuerbaren Energien (vgl. Roberts, Kovacheva und Kabaivanov, 2017, S. 4; Akermia, Hachana und Triki, 2017) sowie Sozialarbeit (vgl. Dihstelhoff, 2018a, S. 9) mit, die weniger im Konflikt mit der

Staatsgewalt stehen. Es zeigt sich also, dass durch die von der EU gestützten zivilgesellschaftlichen Räume eine Vertrauenskrise entsteht, da ein Gefühl der Depolitisierung und eines nur oberflächlichen politischen Einflusses vorliegt.

Vertrauenshemmende Elemente innerhalb der Zivilgesellschaft

Trotz dieser verschiedenen Faktoren, die zu einer Attraktivität der Zivilgesellschaft für junge Menschen beitragen, ist festzustellen, dass innerhalb der tunesischen Zivilgesellschaft einige vertrauenshemmende Elemente vorliegen, wie im folgenden Unterkapitel dargestellt wird. Diese Faktoren hängen zusammen mit externen Einflüssen wie die der EU, die auf die zivilgesellschaftliche Sphäre ausgeübt werden.

Die Finanzierung von tunesischen Nichtregierungsorganisationen durch internationale Organisationen wie die Europäische Union ist ein erster Kritikpunkt, dem sich die tunesische Zivilgesellschaft stellen muss und der das Vertrauen junger Bürger*innen in zivilgesellschaftliches Engagement einschränkt. Eine Vielzahl an tunesischen zivilgesellschaftlichen Organisationen ist von externer bzw. internationaler Finanzierung abhängig (vgl. Shahin, 2018, S. 7). Tatsächlich zeigt die Förderung durch externe Donor aber auch, dass sich die Organisation an deren politischen Leitlinien orientiert und damit eine gewisse Eigendynamik aufgegeben wird (vgl. Aksartova, 2006, S. 2), wie Aktivistin 1 (2019) es beschreibt:

„And the second is the NGOs launched by foreign aid in general, and that is extremely, extremely attacked. [...] The reference to that program is: how would it work in the West, you know, how would we do this back at home? And they are not taking into consideration that it's different countries, different social, economic and political contexts.”

Zudem sind es nicht nur die beschriebenen Vorgaben von Donor-Organisationen aus dem Globalen Norden (vgl. auch Petras, 1999, S. 429), sondern auch deren entsandtes Personal, das einen Kritikpunkt darstellt. So kritisiert Aktivistin 1 (2019) auch die Tatsache, dass sich Menschen aus dem Globalen Norden, die meist keine Bindung zu dem Land hätten, in Länder des Globalen Südens wie Tunesien begeben, um dort Entwicklungszusammenarbeit zu leisten und stattdessen keine Bürger*innen mit lokaler Expertise rekrutiert werden.

Nathalie Ferré (2018) knüpft an diese Strukturierung der zivilgesellschaftlichen Landschaft Tunesiens an und stellt fest, dass es für die Europäische Union bei der Auswahl zivilgesellschaftlicher Partner in Tunesien auch immer um die Verteidigung eines bestimmten Gesellschaftsbildes geht (vgl. Ferré, 2018, S. 39), also immer eine bestimmte normative Vorstellung der zivilgesellschaftlichen Landschaft von Seiten europäischer Donor vorliegt (vgl. auch Weilandt, 2021). Damit wird auch eine Aufteilung von Einsatzgebieten reproduziert, nach denen Donor-Organisationen ihre Arbeit strukturieren. Um Gelder für bestimmte Projekte zu erhalten, müssen Vereine

und Nichtregierungsorganisationen auf die Aufteilung nach Themenfeldern reagieren, die ihnen von Geldgebern vorgegeben wird (vgl. Expertin 1, 2019). So kommt es beispielsweise dazu, dass das Engagement für sozio-ökonomische Rechte von dem für politische Freiheiten getrennt wird (vgl. ebd.). Des Weiteren ist eine Professionalisierung des zivilgesellschaftlichen Sektors (vgl. auch Siméant, 2001) eine Folge dieser externen Finanzierung (vgl. Expertin 1, 2019; Ferré, 2018, S. 18), wodurch NGOs zum Teil ihren Bezug zu Grassroots verlieren und die Forderungen anderer sozialer Milieus vernachlässigen (vgl. Petras, 1999, S. 432).

Mit diesem äußeren Einfluss hängt ein weiterer Punkt zusammen, der das Vertrauen zwischen jungen Bürger*innen und der Zivilgesellschaft zu schwächen scheint. Durch die externe Finanzierung von Vereinen ergab sich eine Konzentration auf wenige NGOs, bis hin zu einer Monopolbildung in der zivilgesellschaftlichen Landschaft Tunesiens. Auch wenn sich zwischen 2010 und 2018 ungefähr 14.000 neue Vereine und Nichtregierungsorganisationen gegründet haben und damit die Anzahl der registrierten Vereine auf rund 22.000 angestiegen ist (vgl. Shahin, 2018, S. IV), haben sich in den verschiedenen Einsatzbereichen vorreitende Organisationen herausgebildet, die den politischen Einfluss dominieren (vgl. u.a. Ferré, 2018, S. 25; Yerkes und Yahmed, 2019, S. 15). Dies betrifft unter anderem die Finanzierung von Vereinen, aber auch das Agenda-Setting und die Konsultation von Organisationen. Aktivistin 1 (2019) beschreibt:

„[Tunisian civil society] has easily turned into monopolies. [...] It's a monopolization, but on the basis of hard work. Eventually we have these two, three big associations that kind of have a say on the Tunisian civil society. And we know about them and we hear about their work. But all the thousands, all the other thousands we do not hear about a lot. [...] The ones who have a say are limited.”

Ein weiterer Faktor, der sich aus der historischen Entwicklung des Landes ergibt, ist das Fortbestehen von Vereinen und Nichtregierungsorganisationen, die bereits unter Ben Ali und innerhalb seines neopatrimonialen Systems gegründet wurden. Auch im zivilgesellschaftlichen Bereich gab es nach 2011 Kontinuitäten. Tatsächlich gehörte es zur Strategie Ben Alis und anderer autokratischer Staatschefs in der MENA-Region, neue Institutionen in einer Vielzahl an Anwendungsgebieten zu gründen, um den Eindruck einer politischen Liberalisierung des Landes zu erwecken (vgl. Albrecht und Schlumberger, 2004, S. 380). Sowohl islamistische (vgl. Yardımçı-Geyikçi und Tür, 2018, S. 4) als auch säkulare Parteien (vgl. Dihstehoff, 2018b, S. 35) verfügen heute landesweit über Grassroot-Ansätze und parteinahe Vereine. Dies untermalt die Analyse von Expertin 1 (2019), die tunesische Zivilgesellschaft agiere nicht als kritisches Kollektiv, sondern es gebe durchaus eine staatsnahe Zivilgesellschaft:

„Es hängt davon ab, von welcher Zivilgesellschaft man spricht. [...] Die tunesische Zivilgesellschaft ist aufgeteilt zwischen Vereinen, die eine staatsnahe Agenda verteidigen, und anderen, die sich in der Opposition positionieren, die aber zugleich sehr schwach bleiben, was soziale und ökonomische Forderungen angeht.“ (Expertin 1, 2019, eigene Übersetzung)

Es stellt sich nicht nur die Frage, in welchen Organisationen sich junge Menschen engagieren können, sondern auch, welche jungen Menschen überhaupt aktiv werden und welchen der Zugang auf verschiedene Weisen verwehrt bleibt. Tatsächlich ist das Konzept „Zivilgesellschaft“ nicht frei von dem Vorwurf, es handele sich um eine elitäre Konzeption, zu der nur gewisse soziale Milieus Zugang hätten (vgl. u.a. Petras, 1999, S. 230; Bellin, 2018, S. 454). Auch in der MENA-Region wird ein Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Status und Engagement festgestellt (vgl. Stolleis, 2017, S. 340). An dieser Stelle kann mit Pierre Bourdieus (2015) Konzeption von sozialem und kulturellem Kapital argumentiert werden, das benötigt wird, um sich langfristig in zivilgesellschaftlichen Organisationen zu engagieren. Menschen mit geringerem finanziellem, sozialem und kulturellem Kapital werden von formalisiertem zivilgesellschaftlichem Engagement tendenziell ausgeschlossen, auch im tunesischen Exempel (vgl. Stolleis, 2017, S. 340; auch Petras, 1999, S. 430f.). Hier zeigt sich somit erneut, dass eine Lücke zwischen den formalisierten, EU-geförderten Partizipationsinstrumenten und möglichst inklusiver, klassenüberschreitender demokratischer Teilhabe vorliegt.

Zudem liegen hinsichtlich der Aktivität von zivilgesellschaftlichen Organisationen eine regionale Disparität und ein Stadt-Land-Gefälle vor. Zwar existieren auch außerhalb der Großstädte sowie der wirtschaftlichen Zentren zivilgesellschaftliche Initiativen, die zum Teil auch von internationalen Fördernden unterstützt werden (vgl. u.a. für den Verein *APEK – Association de la Protection de l'Environnement à Ksibet el Mediouni*: Wagner, 2018), allerdings sind in Städten deutlich mehr Vereine registriert, zumal die urbanen Räume Tunesiens als deutlich politisierter beschrieben werden (vgl. Cherif, 2016, S. 2). Aus diesem Grund sind nur rund 3 % der Jugendlichen im ländlichen Raum in Vereinen engagiert (vgl. Ratka und Roux, 2016, S. 71).

Der restriktive Zugang zur Zivilgesellschaft wird nicht nur von ihr selbst verursacht, sondern auch von außen, vom Staat, verstärkt. Obwohl das Konzept der Zivilgesellschaft eigentlich Bürger*innen vor staatlichen Eingriffen schützen soll (vgl. Rowell, 2015, S. 20), stellen verschiedene Beobachter*innen fest, dass die Tendenz zur staatlichen Kontrolle des zivilgesellschaftlichen Raums in Tunesien zunimmt und es dabei auch zu Restriktionen und Auflösungen kommt (vgl. Boussem, 2019, S. 1; Shahin, 2018). Solche Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten bewegen sich auch im Rahmen des „war against terrorism“ (Albrecht und Schlumberger, 2004, S. 377; Shahin, 2018, S. IV), dem auch nicht-westliche Staaten seit den Ereignissen des 11. September 2001 beigetreten sind, um unter dem Deckmantel der Terrorismusbewältigung interne Oppositionelle im politischen Diskurs zu delegitimieren (vgl. Albrecht und Schlumberger, 2004, S. 377).

Innerhalb der tunesischen Zivilgesellschaft und ihr gegenüber scheint es an verschiedenen Stellen Vertrauenslücken zu geben. Auch hier sind es Kontinuitäten im politischen System, die diese Partizipationsform schwächen, aber auch die Begleitung durch externe Demokratieförderer wie die EU scheint ein Vertrauenshemmnis aufzubauen. Auch wenn die zivilgesellschaftliche Sphäre für viele junge Menschen als ein Mittel erscheint, um am politischen Leben mitzuwirken, stellen das notwendige

soziale und kulturelle Kapital eine entscheidende Variable dar. Erneut entsteht ein Spannungsfeld zwischen EU-gestützten formalisierten Partizipationsformen im Sinne einer auf Vereinigungsfreiheit beruhenden „liberal democracy“ und Räumen informeller politischer Teilhabe, die sich von einem klassisch liberalen Demokratiebild entfernen. Dieser von der EU bisher nur wenig berücksichtigte Blickwinkel wird im letzten Kapitel dieses Beitrags untersucht.

Informelle Räume politischen Ausdrucks im öffentlichen Raum

In den vorangegangenen Kapiteln wurde erarbeitet, dass die Europäische Union im seit 2011 einsetzenden Demokratisierungsprozess Tunesiens die Möglichkeiten demokratischer Partizipation insbesondere durch formalisierte Öffnungen im politischen System unterstützt hat. Allerdings wurde auch aufgezeigt, dass demokratische Partizipation im institutionalisierten politischen System mittels Parteien und Wahlen nur wenig Vertrauen junger Menschen besitzt. Zudem wurde zwar eine Öffnung für zivilgesellschaftliche Organisationen umgesetzt, aber auch diese Form politischer Partizipation bleibt für viele junge Menschen beschränkt. Im folgenden Kapitel wird daher aufgezeigt, dass sich einige junge tunesische Bürger*innen in informellen politischen Partizipationsräumen wiederfinden, die von der Europäischen Union und ihren Demokratisierungsprogrammen bisher nur wenig Berücksichtigung finden, zugleich aber wesentlich für den Ausdruck ihrer politischen Interessen sind.

Schon im Vorfeld der Proteste von 2010 und 2011 waren in Tunesien Ausdrucksformen wie Streiks und Versammlungen im öffentlichen Raum von entscheidender Bedeutung, vor allem im Jahr 2008 in der im Zentrum gelegenen Region von Gafsa (vgl. Zemni, 2015, S. 54; Ben Achour, 2016, S. 78). Diese Proteste waren insbesondere sozio-ökonomischer Natur, da sie sich für eine Sicherung von Arbeitsplätzen und eine Verbesserung von Arbeitsbedingungen in der lokalen Phosphatindustrie einsetzten (vgl. Zemni, 2015, S. 54f.; O'Brien, 2015, S. 1215). Dadurch, dass die Proteste weitestgehend unkoordiniert waren, entstanden in den anschließenden Jahren informelle Räume, in denen insbesondere junge Menschen aus „quartiers populaires“ und aus ländlichen Räumen aktiv wurden, wodurch eine soziale Spaltung des Landes zum Vorschein trat (vgl. Merone, 2015). Die jungen Menschen demonstrierten überwiegend spontan im öffentlichen Raum und traten in Konfrontation mit Sicherheitskräften, was für viele zu einem Moment der Politisierung geführt hat (vgl. Ben Achour, 2016, S. 79).

Eine auch seit 2011 andauernde ökonomische Krise und damit verbundene, vom Internationalen Währungsfonds verhängte Sparmaßnahmen (Yardımcı-Geyikçi und Tür, 2018, S. 7) rufen in weiten Teilen der Bevölkerung Unzufriedenheit hervor, wodurch es immer wieder zu Streiks in verschiedenen Sektoren kommt (vgl. Gallien und Werenfels, 2019, S. 2; Vatthauer und Weipert-Fenner, 2017). Aus Sorge vor zu starker wirtschaftlicher Liberalisierung und Kontrollverlusten drücken einige Bürger*innen auch Widerstand und Zurückhaltung gegenüber dem wirtschaftlichen Einfluss der

Europäischen Union aus (vgl. Rudloff und Werenfels, 2018, S. 2f.). Aus diesem Grund werden Annahmen einer rein formalen, auf Wahlen, Institutionen sowie formellem zivilgesellschaftlichem Engagement beruhenden Demokratie von einigen tunesischen Bürger*innen zurückgewiesen, wie sich anhand verschiedener nicht-institutionalisierten Ausdrucksformen zeigt. Die alternativen Partizipationsformen im öffentlichen Raum, in denen sich viele Jugendliche in Tunesien bewegen, sind vielmehr nichtintendierter und informeller Natur, befinden sich aber für Policy-Maker wie die der EU nur wenig auf der Agenda.

Aufgrund des geringen Vertrauens in staatliche Institutionen begegnen junge Menschen in Tunesien dem postrevolutionären Prozess zunächst mit ‚street politics‘, in the sense of the participation of social movements not conventionally organised into civil society associations or political parties“ (Merone, 2015, S. 87). Bei dieser alternativen Form politischen Engagements geht es darum, den kollektiven und sozialen Raum zu besetzen und damit einen Akt des Widerstands gegen die Staatsgewalt zu vollziehen (vgl. Tripp, 2013, S. 73). Mit dem öffentlichen Raum wird im postautokratischen System ein Teil „from the hands of the few“ (Tripp, 2015, S. 6) zurückgefordert und dieser symbolisch neu aufgeladen, um den politischen Übergang auch im öffentlichen Raum einzuleiten (vgl. Zemni, 2017, S. 78). Um eine „transformation of urban space into truly public space“ (Tripp, 2013, S. 133) zu vollziehen, haben sich junge Bürger*innen den öffentlichen Raum durch künstlerisch-körperlichen Ausdruck angeeignet (vgl. Harris, 2015, S. 501): Mit dem Ausdruck ihrer Forderungen durch Aktionskunst in Form von teils spontanen Demonstrationen mit Slogans und Symbolen, Sit-Ins, Straßenblockaden sowie Zusammenstößen mit Polizeikräften und der damit vorgenommenen Aneignung des öffentlichen Raums setzen die Teilnehmenden ihren eigenen Körper ein. Dieser Einsatz von Körperlichkeit während eines Protests weist Parallelen zum Selbstverbrennungsakt des 27-jährigen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi im Dezember 2010 auf. Der Einsatz von Körpern als Träger einer politischen Identität (vgl. Butler, 2016, S. 19) kann zu Protestformen und „Symbolic Forms of Resistance“ (Tripp, 2013, S. 256) gezählt werden. Dabei kann es zu künstlerischen Komponenten kommen, zu einem Zusammenspiel aus Kunst und Aktivismus im öffentlichen Raum, bei dem die Kunst eine soziale Funktion einnimmt.

Auch wenn Demonstrationen konkret zum Objekt einer teilnehmenden Beobachtung werden können, muss die sozio-ökonomische sowie geografische Lage bei der ethnographischen Betrachtung sozialer Bewegungen berücksichtigt werden: Teilweise werden eingetragene zivilgesellschaftliche Organisationen in die Veranstaltung der Demonstrationen einbezogen, die jedoch in urbanen und wohlständischen Räumen deutlich präsenter und formalisierter sind als in ruralen (vgl. Cherif, 2016, S. 2; Ratka und Roux, 2016, S. 71). Währenddessen finden die informellen Demonstrationen eher in populär geprägten Vierteln oder in ländlichen Regionen statt, wo auch die Proteste von 2010/2011 ihren Ursprung hatten (vgl. Zemni, 2017, S. 70).

Daneben sind es insbesondere zwei unter jungen Menschen als populär geltende künstlerische Produkte, die im öffentlichen Raum als Protestform wahrgenommen werden können: „Visual Arts“ wie Graffiti (vgl. Tripp, 2013, S. 261) sowie Musik,

darunter vor allem Rapmusik (vgl. Mekki, 2018). Letztere wird als eine Form des Ausdrucks von Frustration erachtet (vgl. Merone, 2015, S. 82; Ratka und Roux, 2016, S. 74; Harris, 2015, S. 497) und beschreibt insbesondere die Lebenssituation junger Menschen in einer „houma chaabia“, auch „quartier populaire“ genannt (vgl. Golpushnezhad, Barone und Dia, 2016, S. 28), die politisch und ökonomisch marginalisiert sind und sich von Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen ausgeschlossen fühlen. Über die Texte und Graffiti können Jugendliche ihren Widerstand gegen das System auf künstlerische, verschlüsselte oder auch anonyme Weise ausdrücken, grenzen sich über die Songs aber zum Teil auch von anderen Formen des Widerstands ab, beispielsweise gegen islamistischen Terrorismus. Ein Beispiel, das die Frustration junger Menschen gegen staatliche Autoritäten demonstriert, ist der Song „Boulistya kleb“ (etwa: „Polizisten sind Hunde“) des tunesischen Rappers Weld El 15, in dem durch Gewaltaufrufe Hass gegen Polizeikräfte insbesondere in marginalisierten Regionen ausgedrückt wird. Allerdings ist das Produzieren und Performen von Rapmusik ebenso eine Art des Meinungsdrucks, die im direkten Konflikt mit der Staatsgewalt steht (vgl. Sayigh, 2015, S. 18) und in ihrer Zugänglichkeit eingeschränkt wird.

Eine weitere Ebene öffentlichen Ausdrucks ist mit den beschriebenen künstlerischen Produkten eng verknüpft: Für die Verbreitung und Popularisierung von Medien wie Musik und Graffiti sind das Internet und soziale Medien nicht zu vernachlässigende Sphären des Meinungsdrucks. Wenngleich dort keine direkte physische, sondern lediglich eine virtuelle Präsenz vorliegt, können sie als Medien des Widerstands und insbesondere zur Verbreitung von Symbolen, Texten und Grafiken dienen (vgl. Tripp, 2013, S. 301f.). Nicht nur während der Proteste von 2010/2011 (vgl. Graziano, 2012; Finn und Momani, 2019), sondern auch in den ersten Jahren der Demokratisierung haben sich soziale Netzwerke und Blogs durch den weniger reglementierten Zugang popularisiert (vgl. Gafsi, 2017). Das postrevolutionäre Tunesien kann als ein Beispiel für die These angesehen werden, das Internet gelte als Agora und Medium des Ausdrucks und des Austauschs, wo an Politik mitgewirkt werden kann (vgl. Engelmann, Legrand und Marzinkowski, 2019, S. 39). Diese Agora des Ausdrucks wird allerdings verschieden genutzt – eine einheitliche „soziale Praxis“ der Internetnutzung junger Tunesier*innen kann in dem Sinne zurückgewiesen werden, als dass unter anderem der sozio-ökonomische Status der Nutzer*innen und Gruppenzugehörigkeiten (vgl. Graziano, 2012, S. 11) Einfluss auf den Umgang mit dem Medium haben. Zudem ist das Internet, ebenso wie die anderen Mittel des politischen Ausdrucks, Schauplatz von Konflikten mit staatlicher Gewalt: Verschiedene politische Analysen (vgl. Gallien und Werenfels, 2019, S. 3; Human Rights Watch, 2018) sowie Interviewpartner*innen (vgl. u.a. Aktivist 2, 2019; Expertin 1, 2019) berichten von Festnahmen aufgrund der Meinungsäußerung von Blogger*innen und Nutzer*innen sozialer Netzwerke.

Somit stellt sich heraus, dass sich der tunesische Demokratisierungsprozess auch durch alternative und informelle Formen politischen Ausdrucks im öffentlichen Raum auszeichnet, die nicht zu den strikten Annahmen einer „electoral democracy“ oder einer „liberal democracy“ zählen. Diese Stimmen insbesondere junger Menschen gelten als Weckruf, dass nicht alle Bürger*innen Tunesiens die Folgen der Revolution auf gleiche

Weise wahrnehmen: Sozio-ökonomische Unsicherheit, Unterdrückung durch staatliche Institutionen sowie alternative Demokratiekonzepte sind Anliegen, die einige junge Menschen von der neuen Demokratie abhängen könnten. In diesem Sinne stellt sich die Frage, inwiefern die Europäische Union als externe Demokratisierungsakteurin diese Stimmen auf ihre Agenda setzt, um eine möglichst inklusive und nachhaltige Demokratie zu unterstützen – auch wenn sie dafür von ihren eigenen Vorstellungen über Demokratie abrücken muss. Auch informellen und nicht-professionalisierten politischen Bewegungen, die neue Versuche demokratischer Partizipation wagen, sollte die EU daher eine Stimme geben, um ihren Ansprüchen lokaler Anpassung gerecht zu werden.

Schlussbetrachtungen: EU-Demokratisierungsprojekte für wen?

In Tunesien bleiben Demokratisierungsversuche wie die der Europäischen Union in der lokalen Akzeptanz nicht unumstritten und werden von zahlreichen Reaktionen als „foreign interventions from the West“ (Kienle, 2007, S. 239) bezeichnet, insbesondere, wenn es zu „[d]emocracy by imposition“ (Bridoux und Kurki, 2014, S. 54) kommt. Die Gefahr dessen liegt darin, dass die im Rahmen des Demokratisierungsprozesses eingeführten Institutionen an Legitimität verlieren, weil sie als durch internationale Akteure aufgesetzt betrachtet werden, die sich Vorwürfen des Paternalismus und Neokolonialismus stellen müssen.

Nach der theoretischen Einführung in die Demokratisierungsansätze der Europäischen Union wurde gezeigt, dass sich nur wenige junge Menschen von Parteien und Politiker*innen vertreten fühlen. EU-Demokratisierungsprogramme in Tunesien fokussieren sich vornehmlich auf elektorale Prozesse und die Förderung institutioneller Stabilität, die vermeintlich mit wirtschaftlicher Prosperität einhergehen sollen. Die von den Politiker*innen und den Institutionen angegangenen politischen Themen entsprechen allerdings kaum den Erwartungen junger Menschen, die zudem eine Kontinuität der politischen Klasse sehen und keine Trennschärfe zwischen Parteien feststellen. Anschließend wurde dargelegt, dass die von EU-Fördernden proklamierten „bottom-up“-Ansätze mit der Beteiligung nicht-staatlicher Organisationen eine kritische Betrachtung benötigen, da junge Menschen auch hier von politischen Kontinuitäten abgeschreckt werden und zivilgesellschaftliche Organisationen aufgrund von Monopolbildungen, der Nähe einiger Vereine zum Staat und dem Einfluss externer Demokratiefördernder als wenig inklusiv erachtet werden. Aus diesen Gründen haben sich junge Menschen alternative Wege des Ausdrucks ihrer Forderungen und ihres Widerstands angeeignet, die in der Aneignung des öffentlichen Raumes und im darin stattfindenden Ausdruck durch Demonstrationen, Kunst und Online-Aktivismus liegen. Diese Formen befinden sich im andauernden Konflikt mit der staatlichen Gewalt.

Demokratieförderprogramme der Europäischen Union in Tunesien agieren in einem Spannungsfeld, das sich durch Kontinuitäten zwischen dem *Ancien Régime* und dem

heutigen politischen System auszeichnet. Dies wird mitunter als „*refolution*“ (Keskes und Martin, 2018, S. 16) bezeichnet und bringt eine Mischung aus Revolution und Reformprozess hervor und kein gänzlich neues politisches System. Für die Europäische Union besteht in ihrer Außenpolitik die Gefahr, durch die Trennung von politischen und sozio-ökonomischen Anliegen die Stimmen bestimmter Gruppen zu depolitisieren und sich zu sehr auf formale politische Prozesse zu fokussieren (vgl. auch Langohr, 2004). Dementsprechend werden Forderungen laut, die eigenen Vorstellungen nicht über demokratische Systeme zu stellen und auf lokale Gegebenheiten näher einzugehen (vgl. Weilandt, 2021), um auch neue Modelle demokratischen Ausdrucks zuzulassen und nicht nur auf geopolitische Stabilität zu pochen.

In diesem Artikel wurde herausgestellt, dass der Ausdruck im öffentlichen Raum – sei es auf physischer, graphisch-musikalischer oder virtueller Ebene – eine tatsächlich von tunesischen Jugendlichen genutzte Möglichkeit darstellt, ihr Misstrauen auszudrücken und Forderungen an Politik und Gesellschaft für einen Systemwandel zu stellen. Damit entstehen neben Parteien und zivilgesellschaftlichen Initiativen alternative Partizipationsräume, in denen liberale Grundannahmen demokratischer Partizipation herausgefordert werden, aber zugleich durch „Politik von unten“ eine Alternative zum „*exit*“ (Hirschman, 1970) aus dem System geschaffen wird. Jugendliche beweisen damit, dass es sich mit ihrem Misstrauen vielmehr um eine Systemverdrossenheit als um eine Politikverdrossenheit handelt. Dennoch wird dieser nicht-formalisierte und gering institutionalisierte Ausdruck im Demokratisierungsprozess Tunesiens überwiegend nicht von EU-Policy-Makern anerkannt. Um ein möglichst inklusives demokratisches System zu schaffen, ist die Anerkennung dieser Anliegen jedoch unumgänglich.

Zugleich zeigt sich auf allen drei betrachteten Ebenen der soziologische Unterschied, dass Menschen mit geringerem sozialem und kulturellem Kapital im Sinne Pierre Bourdieus (2015), die aus Parteien und der Zivilgesellschaft ausgeschlossen sind, sich eher den informellen Partizipationsräumen zuwenden. Es werden soziale Brüche innerhalb der tunesischen Gesellschaft sichtbar, die dazu führen, dass sich junge Menschen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen auf unterschiedliche Weise im postrevolutionären System sozialisieren. Wie Giuseppe Merone (2015) beschreibt, ist der Aushandlungsprozess über die Zukunft der tunesischen Demokratie letztendlich „*not only a power struggle but also a process of class inclusion and exclusion*“ (Merone, 2015, S. 87). Subalterne Stimmen außerhalb formalisierter und institutioneller Partizipationsräume riskieren also, von europäischer Demokratieförderung marginalisiert und ausgeschlossen zu bleiben.

Interviews

Aktivistin 1 (2019): Persönliches Interview, 34 Minuten. Tunis, März 2019.

Aktivist 2 (2019): Persönliches Interview, 37 Minuten. Tunis, März 2019.

Expertin 1 (2019): Persönliches Interview, 35 Minuten. Tunis, März 2019.

Experte 2 (2019): Persönliches Interview, 91 Minuten. Tunis, Februar 2019.

Literaturverzeichnis

Abderrahim, T. (2018) „Democracy in the Making: Youth and Local Governance in Tunisia“, in: Kamel, L. und Okyay, A. (Hg.): *Realizing Youth Potential in the Mediterranean. Unlocking Opportunities, Overcoming Challenges*. Rom: Edizioni Nuova cultura, S. 57–86.

Abushouk, A. (2016) „The Arab Spring: A Fourth Wave of Democratization?“, *Digest of Middle East Studies*, 25(1), S. 52–69.

Akermi, R., Hachana, S. und Triki, A. (2017) „Conceptualizing civil society attitudes towards the promotion of renewable energy: A case study from Tunisia“, *Energy Procedia*, 141, S. 131–137.

Aksartova, S. (2006) „Why NGOs? How American Donors Embraced Civil Society After the Cold War“, *The International Journal of Not-for-Profit Law*, 8(3).

Albert, M. und Hegasy, S. (2017) „Politik“, in: Gertel, J. und Hexel, R. (Hg.): *Zwischen Ungewissheit und Zuversicht. Jugend im Nahen Osten und in Nordafrika*. Bonn: Dietz, S. 287–308.

AlDailami, S. und Pabst, M. (2014) *Der Arabische Umbruch--eine Zwischenbilanz. Interne Dynamik und externe Einmischung*. München: Hanns-Seidel-Stiftung e.V..

Albrecht H. und Schlumberger O. (2004) "Waiting for Godot": Regime Change without Democratization in the Middle East“, *International Political Science Review*, 25(4), S. 371-392.

Antonakis-Nashif, A. (2016) „Contested transformation: mobilized publics in Tunisia between compliance and protest“, *Mediterranean Politics*, 21(1), S. 128–149.

Ben Achour, Y. (2016) *Tunisie. Une révolution en pays d'islam*. Tunis: Cères Éditions.

Ben Haj Omar, W. (2018) *Résultats de « l'étude sur la participation des femmes et des jeunes dans la vie publique et les affaires locales »: 47 % des jeunes ne sont pas concernés par la vie politique et les affaires locales: Heinrich-Böll-Stiftung Tunisie Tunis*. Download unter: <https://tn.boell.org/fr/2018/12/19/resultats-de-letude-sur-la-participation-des-femmes-et-des-jeunes-dans-la-vie-publique-et> (Zugriff am 27.02.2021).

Berman, S. (1997) „Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic“, *World Politics*, 49(3), S. 401–429.

Blatter, J., Langer, P. und Wagemann, C. (2018) *Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.

Bourdieu, P. (2015) *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. Hamburg: VSA Verlag.

- Boussem, Z. (2019): *L'Erosion de la liberté d'association en Tunisie*. Al Bawsala, 2019. Download unter: <https://www.albawsala.com/pub/5c0661294f24d00ac5ea9800> (Zugriff am 09.04.2021).
- Bridoux, J. und Kurki, M. (2014) *Democracy promotion. A critical introduction*. London: Routledge.
- Burlafinger, K. (2018) *Neue Instrumente für die Europäische External Governance. Wertetransfer durch europäische Stiftungen in der arabischen Zivilgesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Butler, J. (2016) *Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung*. Berlin: Suhrkamp.
- Cherif, Y. (2016) *Tunisia's Postcolonial Identity Crisis: A Key to Understanding the Lure of Extremism*. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., 2016. Download unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ss0ar-54337-3> (Zugriff am 11.04.2021).
- Cooper, A. und Farooq, A. (2016) „Emerging donors: the promise and limits of bilateral and multilateral democracy promotion“, *Cambridge Review of International Affairs*, 29(4), S. 1520–1541.
- Culbertson, S. (2016) *Tunisia Is an Arab Spring Success Story: Observer*. Download unter: <http://observer.com/2016/04/tunisia-is-an-arab-spring-success-story/> (Zugriff am 27.02.2021).
- Dahl, R. (1971) *Polyarchy. Participation and opposition*. New Haven: Yale University Press.
- Dandashly, A. (2017) „EU democracy promotion and the dominance of the security–stability nexus“, *Mediterranean Politics*, 23(1), S. 62–82.
- Datzberger, S. (2014) *Peacebuilding and the Depoliticisation of Civil Society: Sierra Leone [2002 – 2013]*. London: London School of Economics and Political Science – Department of International Relations.
- Demesmay, C., Främke, C. und Sold, K. (2012) „Auf Der Suche Nach Kohärenz: Die Europäische Mittelmeerpolitik Nach Dem Arabischen Frühling.“, *Leviathan*, 40(1), S. 52–70.
- Dihstelhoff, J. (2018a) *Umgang mit Frustration. Eine Selbsteinschätzung der tunesischen Jugend : FES MENA-Jugendstudie: Länderanalyse Tunesien*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika.
- Dihstelhoff, J. (2018b) „Politischer Islam in Tunesien und in den deutsch-tunesischen Beziehungen. Demokratieförderung unter Einbindung der Ennahda-Partei“, in: Meyer, H. und Rauer, M. (Hg.) *Zwischen Kontinuität und Neubeginn. Deutsch-tunesische Beziehungen im Wandel der Zeit : eine Festschrift zum 30-jährigen Bestehen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunesien*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika, S. 31–39.
- Engelmann, I., Legrand, M. und Marzinkowski, H. (2019) *Politische Partizipation im Medienwandel*. ifpuk - Institute for Media and Communication Studies at FU Berlin, 2019.
- Erdmann, G. und Kneuer, M. (2014) *Externe Faktoren der Demokratisierung*. Baden-Baden: Nomos.
- EU Neighbours (2021) *Neighbourhood Civil Society Facility*. Download unter: <https://www.euneighbours.eu/en/east-south/stay-informed/projects/neighbourhood-civil-society-facility> (Zugriff am 11.04.2021).

- Europäische Kommission (2021) *Tunisia – European Neighbourhood Policy And Enlargement Negotiations*. Download unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/neighbourhood/countries/tunisia_en (Zugriff am 11.04.2021).
- Europäisches Parlament (2016): *EU Policies in Tunisia before and after the Revolution*. Download unter: https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/578002/EXPO_STU%282016%29578002_EN.pdf (Zugriff am 11.04.2021).
- Europäisches Parlament (2020) *Democracy and Election Coordination Group – Annual Work Programme for 2020*. Download unter: http://www.epgencms.europarl.europa.eu/cmsdata/upload/e33f278b-c592-4da6-a142-fdb54f6119d/DEG_Annual_Work_programme_2020.pdf (Zugriff am 10.04.2021).
- Europäisches Parlament (2021) *Promoion democracy and observing elections*. Download unter: <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/en/sheet/166/promoting-democracy-and-observing-elections> (Zugriff am 10.04.2021).
- European Endowment for Democracy (2020) *Annual Report 2020*. Download unter: <https://www.democracyendowment.eu/en/resources/annual-report.html> (Zugriff am 10.04.2021).
- European Parliamentary Research Service (2019) *EU support for democracy and peace in the world*. Download unter: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2018/628271/EPRS_BRI\(2018\)628271_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2018/628271/EPRS_BRI(2018)628271_EN.pdf) (Zugriff am 10.04.2021).
- Feldman, S. (2003) „Paradoxes of institutionalisation: The depoliticisation of Bangladeshi NGOs“, *Development in Practice*, 13(1), S. 5–26.
- Ferré, N. (2018) „La fabrique de la « société civile » entre évitement du politique et politisation : usages d’un dispositif de l’action extérieure européenne en Tunisie“, *Revue Gouvernance*, 15(1), S. 15–42.
- Finn, M. und Momani, B. (2019) „Transnational Citizenship Mobilization among Canadian Arab Youth: An Engaged Social Movement for Change in the Middle East“, *Canadian Ethnic Studies*, 51(1), S. 25–68.
- Franklin, C. (1984) „Issue Preferences, Socialization, and the Evolution of Party Identification“, *American Journal of Political Science*, 28(3), S. 459–478.
- Gafsi, H. (2017) *Facebook: Faiseur de politique ou espace public ? : Konrad-Adenauer-Stiftung Bureau Algérie/Tunisie*. Download unter: <https://www.kas.de/web/tunesien/veranstaltungsberichte/detail/-/content/facebook-politischer-akteur-oder-oeffentlicher-raum-> (Zugriff am 10.04.2021).
- Gallien, M. und Werenfels, I. (2019) *Is Tunisia really democratising? Progress, Resistance, and an Uncertain Outlook*. Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Comment 13, März 2019. Download unter: <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019C13/> (Zugriff am 10.04.2021).
- Gertel, J. und Hexel, R. (Hg.) (2017) *Zwischen Ungewissheit und Zuversicht. Jugend im Nahen Osten und in Nordafrika*. Bonn: Dietz.
- Gills, B., Rocamora, J. und Wilson, R. (Hg.) (1993) *Low Intensity Democracy: Political Power in the New World Order*. London: Pluto Press.
- Golpushnezhad, E., Barone, S. und Dia, A. (2016) „« On n’est pas à vendre ». L’économie politique du rap dans la Tunisie post-révolution“, *Politique africaine*, 141(1), S. 27–51.

- Graziano, T. (2012) „The Tunisian diaspora: Between ‘digital riots’ and Web activism“, *Social Science Information*, 51(4), S. 534–550.
- Harris, J. (2015) „El Harka: Perceptions of the Migration-Development Nexus in Post-Revolution Tunis“, *Population, Space and Place*, 21, S. 493–505.
- Hinnebusch, R. (2015) *The international politics of the Middle East*. Manchester, UK: Manchester University Press.
- Hirschman, A. (1970) *Exit, voice, and loyalty. Responses to decline in firms, organizations, and states*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.
- Human Rights Watch (2018) *Tunisia: Abusive Treatment During Protests. Investigate Abuse by Police; End Prosecutions for Criticism of Government*. Download unter: <https://www.hrw.org/news/2018/01/31/tunisia-abusive-treatment-during-protests> (Zugriff am 10.04.2021).
- Huntington, S. (1993) *The third wave. Democratization in the late twentieth century*. Norman: University of Oklahoma.
- International Crisis Group (2015): *Reform and Security Strategy in Tunisia*. International Crisis Group, Middle East and North Africa Report 161, 23.07.2015. Download unter: <https://d2o71andvipowj.cloudfront.net/161-reform-and-security-strategy-in-tunisia.pdf> (Zugriff am 10.04.2021).
- Jad, I. (2007) „NGOs: between buzzwords and social movements“, *Development in Practice*, 17(4), S. 622–629.
- Johansson-Nogués, E. und Rivera Escartin, A. (2020) „Supporting the Tunisian transition? Analysing (in)consistencies in EU democracy assistance with a tripartite nexus model“, *Democratization*, 27(8), S. 1376–1393.
- Keskes, H. und Martin, A. (2018) „Orientalism and binary discursive representations of Tunisia’s democratization: the need for a “continuity and change” paradigm“, *British Journal of Middle Eastern Studies*, S. 1–20.
- Kienle, E. (2007) „Democracy Promotion and the renewal of authoritarian rule“, *Debating Arab Authoritarianism: Dynamics and Durability in Non-Democratic Regimes*, S. 231–249.
- Langohr, V. (2004) „Too Much Civil Society, Too Little Politics: Egypt and Liberalizing Arab Regimes“, *Comparative Politics*, 36(2), S. 181–204.
- Meddeb, Youssef (2018): *Losing the war on graft? Tunisians dissatisfied with government’s anti-corruption performance*. Tunis: One to One for Research and Polling. Download unter: <https://afrobarometer.org/publications/ad247-losing-war-graft-tunisians-dissatisfied-governments-anti-corruption-performance> (Zugriff am 11.04.2021).
- Mekki, T. (2018) *La mise au pas des rappers tunisiens. Autoritarisme et non-respect de la Constitution*. Download unter: <https://www.monde-diplomatique.fr/2018/01/MEKKI/58276> (Zugriff am 10.04.2021).
- Merone, G. (2015) „Enduring class struggle in Tunisia: the fight for identity beyond political Islam“, *British Journal of Middle Eastern Studies*, 42(1), S. 74–87.
- Mouhib, L. (2014) „EU Democracy Promotion in Tunisia and Morocco: Between Contextual Changes and Structural Continuity“, *Mediterranean Politics*, 19(3), S. 351–372.
- O’Brien, T. (2015) „The primacy of political security: contentious politics and insecurity in the Tunisian revolution“, *Democratization*, 22(7), S. 1209–1229.
- OHCHR (2015): *Foreign fighters: Urgent measures needed to stop flow from Tunisia – UN expert group warns*. Download unter:

- <https://www.ohchr.org/en/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=16223&LangID=E> (Zugriff am 11.04.2021).
- One to One for Research and Polling (2018) *More than half of Tunisia's youth and highly educated have considered emigrating, study shows*. Download unter: <http://www.afrobarometer.org/press/more-half-tunisia-youth-and-highly-educated-have-considered-emigrating-study-shows> (Zugriff am 11.04.2021).
- Pascucci, E. (2018) „The local labour building the international community: Precarious work within humanitarian spaces“, *Environment and Planning A: Economy and Space*, 51(3), S. 743–760.
- Petersen, N. (2009) *Demokratie als teleologisches Prinzip*. Berlin/Heidelberg: Springer.
- Petras, J. (1999) „NGOs: In the service of imperialism“, *Journal of Contemporary Asia*, 29(4), S. 429–440.
- Pridham, G. (2016) *Securing democracy. Political parties and democratic consolidation in southern Europe*. Abingdon/Oxon/New York: Routledge.
- Ratka, E. (2017) „Über den Werdegang einer arabischen Demokratie. Gesellschaftliche Brüche und politische Kompromisse in Tunesien“, *KAS Auslandsinformationen*, S. 44–57.
- Ratka, E. und Roux, M. (2016) „Jihad Instead of Democracy?: Tunisia's Marginalised Youth and Islamist Terrorism“, *Konrad Adenauer Stiftung International Reports*, S. 64–82.
- RBB Africa (2020) *Association Al Bawsala: Rapport Général du Commissaire Aux Comptes*. Download unter: <https://www.albawsala.com/files/2020/06/Rapport-CAC-AL-BAWSALA-2018.pdf> (Zugriff am 11.04.2021).
- Refle, J. (2018) *Dezentralisierung oder demokratische Frustration? Kommunalwahlen in Tunesien*. Download unter: <https://www.defacto.expert/2018/05/04/dezentralisierung-oder-demokratische-frustration-kommunalwahlen-in-tunesien/> (Zugriff am 11.04.2021).
- Roberts, K., Kovacheva, S. und Kabaivanov, S. (2017) „Still Troubled: Tunisia's Youth During and Since the Revolution of 2011“, *Societies*, 7(4), S. 29–43.
- Rothers, S. (2018) *The Role of Civil Society in the Tunisian Transformation Process*. Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, 2018. Download unter: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-60085-9> (Zugriff am 11.04.2021).
- Rowell, J. (2015) „Eine kritische Diskussion der Schlüsselkonzepte: Zivilgesellschaft, Partizipation und Demokratie“, in: Deutsch-Französisches Institut (Hg.) *Frankreich Jahrbuch 2014. Zivilgesellschaft in Frankreich, Deutschland und Europa*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 17–29.
- Rudloff, B. und Werenfels, I. (2018) *EU-Tunisia DCFTA: Good Intentions Not Enough*. Download unter: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2018C49_rff_wrf.pdf (Zugriff am 11.04.2021).
- Sayigh, Y. (2015) *Missed Opportunity: The Politics of Police Reform in Egypt and Tunisia: Carnegie Middle East Center*. Download unter: <https://carnegie-mec.org/2015/03/17/missed-opportunity-politics-of-police-reform-in-egypt-and-tunisia/i4fc> (Zugriff am 10.04.2021).
- Schäfer, I. (2009) „Die EU, der Nahe Osten und Nordafrika: Vom Regionalismus zurück zum Bilateralismus?“, in: Bendiek, A. und Kramer, H. (Hg.) *Globale Außenpolitik der Europäischen Union*. Baden-Baden: Nomos, S. 66–93.
- Schimmelfennig, F. (2013) *Internationale Politik*. Paderborn: Schöningh.

- Shahin, Y. (2018) *Pushing Back against Narrowing Space for Civil Society in Tunisia. The Power of Coalition*. CSIS Center for Strategic and International Studies, Dezember 2018. Download unter: <https://www.csis.org/analysis/pushing-back-against-narrowing-space-civil-society-tunisia> (Zugriff am 10.04.2021).
- Sika, N. und Werenfels, I. (2017) „Mobilisierung“, in: Gertel, J. und Hexel, R. (Hg.) *Zwischen Ungewissheit und Zuversicht. Jugend im Nahen Osten und in Nordafrika*. Bonn: Dietz, S. 309–331.
- Silveira, C. (2015) *Youth as Political Actors after the “Arab Spring”*. Mittelmeer Institut Berlin (MIB), 2015.
- Siméant, J. (2001) „Urgence et développement, professionnalisation et militantisme dans l’humanitaire“, *Mots*, 65(1), S. 28–50.
- Siméant, J. (2014) *Contester au Mali. Formes de la mobilisation et de la critique Bamako*. Paris: Éditions Karthala.
- Stolleis, F. (2017) „Gesellschaftliches Engagement“, in: Gertel, J. und Hexel, R. (Hg.) *Zwischen Ungewissheit und Zuversicht. Jugend im Nahen Osten und in Nordafrika*. Bonn: Dietz, S. 333–353.
- Szmolka, I. (2017) „Successful and failed transitions to democracy“, in: Szmolka, I. (Hg.) *Political change in the Middle East and North Africa. After the Arab Spring*. Edinburgh: Edinburgh University Press, S. 349–378.
- Torelli, S. (2016): *Tunisia: Do not take it for granted*. Download unter: <http://www.ispionline.it/it/pubblicazione/tunisia-do-not-take-it-granted-15196> (Zugriff am 11.04.2021).
- Tosun, M. und Yilmaz, S. (2010) „Centralization, Decentralization and Conflict in the Middle East and North Africa“, *Middle East Development Journal*, 2, S. 1–14.
- Tripp, C. (2013) *The power and the people. Paths of resistance in the Middle East*. New York: Cambridge University Press.
- Tripp, C. (2015) *Battlefields of the republic - the struggle for public space in Tunisia*. LSE Middle East Centre 13. Download unter: http://eprints.lse.ac.uk/64742/1/Tripp_Battlefields%20of%20the%20Republic_2015_author.pdf (Zugriff am 10.04.2021).
- Valbjørn, M. (2012) „Upgrading Post-democratization Studies: Examining a Re-politicized Arab World in a Transition to Somewhere“, *Middle East Critique*, 21, S. 25–35.
- Vatthauer, J. und Weipert-Fenner, I. (2017) *Die soziale Frage in Tunesien. Sozioökonomische Proteste und politische Demokratisierung nach 2011*. Frankfurt/Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.
- Volpi, F., Merone, F. und Loschi, C. (2016) „Local (R)evolutions in Tunisia, 2011–2014: Reconstructing Municipal Political Authority“, *The Middle East Journal*, 70(3), S. 365–381.
- Wagner, P. (2018): *Das gute Leben selbst gestalten*. Download unter: https://www.boell.de/de/2018/12/07/tunesien-das-gute-leben-selbst-gestalten?dimension1=division_nona (Zugriff am 11.04.2021).
- Weilandt, R. (2018) „Socio-economic challenges to Tunisia’s democratic transition“, *European View*, 17(2), S. 210–217.
- Weilandt, R. (2021) „EU democracy projection in Tunisia: The case of civil society consultations“, *Mediterranean Politics*, S. 1-22.
- Yardımcı-Geyikçi, S. und Tür, Ö. (2018) „Rethinking the Tunisian miracle: a party politics view“, *Democratization*, 25(1), S. 787–803.

- Zemni, S. (2015) „Returning to the Tunisian Revolution: Some Reflections on Political Change during the Arab Spring“, in: Lamont, C., van der Harst, J. und Gaenssmantel, F. (Hg.) *Non-western encounters with democratization. Imagining democracy after the Arab Spring*. London, New York: Routledge, S. 51–65.
- Zemni, S. (2017) „The Tunisian Revolution: Neoliberalism, Urban Contentious Politics and the Right to the City“, *International Journal of Urban and Regional Research*, 41(1), S. 70–83.
- Zorob, A. (2008) *Projekt "Mittelmeerunion" - "neuer Schub" für die EU-Mittelmeerpoltik?* GIGA German Institute of Global and Area Studies, 2008. Download unter: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/27717#?> (Zugriff am 10.04.2021).